

Danziger Zeitung.



Nr 8988.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Post-kaufmännischen Amtshäusern. Preis pro Querformat 4 M 50 H. Ausföhrungs 5 M — Inserate, pro Seite 20 H. nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reinecke und Rud. Kosse; in Leipzig: Eugen Kort und H. Engler; in Hamburg: Hakenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daude u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Versailles, 23. Febr. Die National-Versammlung hat gestern Abend mit 422 gegen 261 Stimmen den ersten Artikel des Gesetzentwurfs Wallon angenommen, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Rom, 23. Febr. Die Kammer hat gestern das Budget des Ministeriums des Äußern genehmigt und ging dann auf die Berathung des Staats des Finanzministeriums ein. Wingetti kündigte an, die Vorlage des definitiven Budgets für 1875 werde auch Pläne wegen Aufhörens des Zwangscourses der Kammer bekannt machen. Die Bier- und Alkoholsteuergefege lönnten nicht abgeändert werden. Auch bei dem Gesetz über die Besteuerung von Börsen-Operationen könnte nur in den Ausführungsvorschriften eine Änderung eintreten. Der Senat setzte die Berathung des Gesetzes über die Todesstrafe fort.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Posen, 22. Febr. Der Weihbischof Janiszewski ist am Sonnabend den 20. d. Ms. aus der Haft in Koszyn entlassen und auf Anordnung des Oberpräsidenten aus den Provinzen Posen, Preußen, Sachsen und dem Regierungsbereich Frankfurt a. O. ausgewiesen und bereits über die Grenze dieser Bezirke gebracht worden.

Wien, 22. Febr. Wegen wesentlicher Verschämmerung im Befinden des Gerichtspräsidenten Baron Wittmann sind die Verhandlungen im Prozeß Osenheim auf unbestimmte Zeit vertagt und wird wahrscheinlich erst am Mittwoch die nächste Sitzung stattfinden.

Rom, 22. Febr. Der Kronprinz Humbert hat Garibaldi heute einen längeren Besuch gemacht.

London, 22. Febr. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel vom 21. d., daß die Pforte den König Alfons von Spanien noch nicht anerkannt und die Notification der Thronbesteigung desselben noch nicht beantwortet hat, da auch dem Fürsten Karl von Rumänien ein Schreiben betreffend die Thronbesteigung des Königs Alfons von der spanischen Regierung zugestellt ist. Die Pforte erblieb darin eine Anerkennung der Souveränität Rumäniens und wird mit der neuen spanischen Regierung nicht eher in diplomatische Beziehungen treten, bis ihr über diesen Schritt Aufklärungen ertheilt worden sind.

Kopenhagen, 22. Febr. Nach einer aus China hier eingegangenen Mittheilung an die „Nordische Telegraphen-Gesellschaft“ ist die Landleitung von Foochow bis Amoy von den Anwohnern zerstört und das vorgefundene Material vernichtet worden. Das Personal der Gesellschaft blieb unbekannt.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 22. Februar.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend die für die Berechnung der Transcriptions- und Inscriptionsgebühren beim thymischen Hypothekenwesen zu Grunde liegenden Sprungtage in erster und zweiter Leistung angenommen ist, wird die zweite Berathung des Staats des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Zu Kap. 96 (Polizei-Berathung in Berlin) beantragt Abg. Ebert, die Staatsregierung aufzurufen, 1) die Übertragung der Strafenpolizei-Berathung an die Commune der Stadt Berlin möglichst zu beschleunigen; 2) die Reorganisation des Nachtwachtdienstes in der Art herbeizuführen, daß das Nachtwachtdienst mit der Schutzmanschaft vereinigt wird. — Geh. Rath v. Rehber: Es ist von der Regierung im En-

versändnis mit dem Magistrat beschlossen worden, die Übertragung der Strafenpolizei an die Stadtgemeinde gleichzeitig mit der Übernahme der socalischen Straßen- und Brückenbaulast durch die Stadt seines Gewährung einer siebenden Rente seitens des Kreises einzutreten zu lassen. Sie finden bereits im diesjährigen Etat des Handelsministeriums die Bemerkung, daß für den Fall, daß der Vertrag mit der Stadt Berlin schon fest zu Stande kommt, der Staat ermächtigt werden solle, die vereinbarte Rente an die Stadt zu zahlen. — Was den zweiten Antrag betrifft, so ist anzuerkennen, daß gegenwärtig in Berlin das Institut der Nachtwächter den Anforderungen und Verhältnissen der Hauptstadt nicht mehr entspricht und daß die hier beantragte Reform sich durchaus empfiehlt. Die Ausführung dieser Maßregel ist aber thueuer. Nach einem von dem hiesigen Polizeipräsidium ausgearbeiteten Projekte würde die Übergabe des Nachtwachtdienstes an die Schutzmanschaft ca. 1,200,000 Kr jährlich kosten und die Stadtgemeinde hat sich nicht bereit erklärt, diese Kosten zu übernehmen, während sie die Reform selbst beantragt. Wenn das Haus des Reichs einen Antrag annimmt, so wird es auch in Consequence dieses Beschlusses die Aufnahme der Mehrkosten in den Etat acceptiren müssen. — Der zweite Antrag wird hierauf angenommen, der zweite, weil er eine Mehrforderung einschließt, an die Budget-commission verwiesen.

Zu Tit. 10—15 beantragt Wagner (Pr. Stargard), die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung die königlichen Polizeiverwaltungen in Göttingen, Celle, Hanau, Marburg und Fulda spätestens mit dem 1. Januar 1877 eingehen und an deren Stelle die städtische Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizeiverwaltung notwendig wäre? Eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch scheinbar erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Socialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so narbig, daß für sie eine königliche Polizei treten lassen werde. — Abg. Wagner (Stargard): Die bisherige Bezeichnung der Befolungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „klinstig wegfallen“ ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der

Abg. Jung sprach von der Ausführung der Gesetze, die von der Majorität des Volkes im Einverständnis mit den Reitern erlassen sind. Das war wohl nur eine Meinung des verehrten Herrn aus der Vergangenheit. Heute erklärt die Regierung die Gesetze im Einverständnis mit der Mehrheit der Kammer. Es gab allerdings eine Zeit, wo man noch beantragte, daß das Volk den Gesetzen zustimme; heute drängen Sie das Volk hinter sich zurück. (Widerspruch links.)

Abg. Petri: Der Katholizismus wird jetzt so oft hier in die Diskussion gezojen, daß es mir fast erscheint, als ob die Herren aus dem Centrum vor der katholischen Bewegung eine ganz gewaltige Anzahl bekommen. (Sehr richtig! links. Heiterkeit im Centrum.)

Abg. Windthorst (Meppen): Weber vor dem letzten Redner noch vor irgend einem seiner Genossen habe ich die geringste Angst. Uebrigens will ich nur noch constatiren, wie erbaulich es ist, den national-liberalen Abg. Jung und den fortgeschrittenen Abg. Windthorst (Bielefeld) in so rührender Eintracht für die Polizei eintreten zu sehen. (Heiterkeit.)

Abg. Wehrenpennig: Drohen Sie uns doch nicht so viel mit Ihrer Macht; wir glauben ja nicht daran und der Wille des Staates hat sich Ihnen gegenüber immer noch durchgesetzt, wenn auch zunächst nur als strafender Wille. Wer einer auswärtigen Macht das Recht giebt, einen Theil der Staatsgesetze zu cassieren, oder sich selbst das Recht zuschreibt, einen Theil der Gesetze nicht zu befolgen, der stellt das Dasein des Staates in Frage. So lange eine solche Richtung sich noch zeigt, können wir nur die Regierung auffordern, die Kräfte zu verstärken, die das Gesetz des Staates schützen zu wollen.

Der Minister des Innern: Ich glaube, daß man alle eben gehörten Vorwürfe aus den Worten der Motive nur bei den Haaren herbeigezogen hat. Niemand hat aber der Mehrforderung widersprochen. Es kommt in Köln ein Schutzmantel auf 2000 Einwohner, während nach der Vermehrung ein Schutzmantel auf 1500 Einwohner kommt; das ist immer noch eine verhältnismäßig große Zahl. Ich sehe keinen eigenständigen Widerspruch gegen die Position selbst, und bitte Sie, dieselbe zu bewilligen. Die Regierung ist immer in der Lage, mehr Gewicht auf die Bewilligung der Position, als auf die Gründe zu legen. (Heiterkeit.)

Abg. Röderath: Wenn ich es für nötig gehalten habe, die Centrumpartei besonders in den Rheinlanden dagegen zu vertheidigen, daß sie das Dasein des Staates in Frage stelle, so muß ich auf eine Rede verweisen, die vor wenigen Tagen hier gehalten ist, und in welcher ausdrücklich erklärt wurde, daß die katholische Partei in allen ihren Organen, in der ganzen Zeitungs- und Bücherliteratur gegen den Ausbau des preußischen Staates gearbeitet habe. Eine solche Behauptung weisen wir mit Entrüstung zurück. Der Redner (Abg. v. Sybel) kennt die katholische Zeitungsliteratur nicht, sonst müßte er wissen, daß während des Krieges 1870 bis 1871 speziell die katholischen Organe der Rheinpfalz an einem gewissen Fieber von Franzosenfresserei frankten, während die "Kölner B." linguistische und ethnologische Studien aufstellte, die in dem Schluß kamen, daß die Festung Metz eigentlich den Franzosen wieder zurückgegeben werden müsse.

Schließlich wird der Titel gegen Centrum und Polen angenommen.

Zu Kapitel 100 (Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei) Titel 1 zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 120,000 M., bemerkte Abgeordneter Schorlemer-Ast: Der Abg. Richter (Hagen) sagte kurzlich, daß mit dem Ableben des Kurfürsten von Hessen die Staatsregierung wohl Veranlassung nehmen würde, den Reptiliensonds zu befeitigen. Ich kann seine Hoffnung nicht teilen, wenn nicht die Landesvertretung sich zu einem entschiedenen Entschluss aufraffen sollte. Es wäre in der That Zeit, diesen Krebschaden zu befeitigen. Wir haben Maßregeln gegen den Colorado-Käfer, ein Reichsgesetz gegen die Krebsläuse; jedenfalls viel nothwendiger wäre ein Gesetz gegen die Reptile in der Preise (Heiterkeit), die das Denken der Nation fälschen, das Denunziantenthum fördern und die Lüge an die Stelle der Wahrheit setzen. Wenn man einem Theil der süddeutschen Presse über ihren Ton und ihre Haltung Vorwürfe macht, so ist doch das Verhalten der Reptilienspreche noch viel mehr zu tadeln; eine solche Bodenlosigkeit des Tonos und der Injunctionen ist noch nicht dagewesen. Wenn die "Provinzial-Correspondenz" eine Person auf das schwerste verlämmt, und wochenlang diese Verlämmungen nicht widerlegt, endlich an einer dunklen Stelle dies thut, so ist das für ein Blatt, welches von der Regierung herausgegeben wird, recht stark. In der "Nord. Allgem. Zeit." producieren alle diese Kräfte, die vom Reptiliensonds besoldet werden, ihre höchsten Künste. Die Reptilienspreche darf alles ungestritten drucken, da schreitet kein Staatsanwalt ein, aber gegen die Blätter der Opposition fehlt es nicht an den kleinsten Maßregeln. Das Beste wäre, das ganze Pressebüroarengement mit sammt dem Obersten zu demobilisieren. Wenn man den Schaden weiter trefft läßt, so vermehrt sich die Zahl der Reptilienspreche, denn es ist ja ein ganz einträgliches Geschäft, so einträglich, daß jetzt schon das Angebot höher wird, als die Nachfrage.

Minister des Innern: Wenn der Vorredner wünscht, daß die Reptilienspreche demobilisiert wird, so wünsche ich diesen Zeitpunkt auch herbei, aber man macht nur dann demobil, wenn der Widerstand aufhört; wenn die Herren sich also ergeben, werden wir demobilisieren.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Hier handelt es sich nicht um den Reptiliensonds, sondern um einen geheimen Fonds. Wir werden es immer beklagen, daß der Reptiliensonds besteht und werden bestrebt sein, ihn aus der Welt zu schaffen. Nur aber, wer reine Hände hat, sollte sich gegen den Reptiliensonds ausspielen; viel gefährlicher scheint mir der päpstliche Reptiliensonds; der Papst hat zur Unterstützung ultramontaner Zeitungen 180,000 Lire gewährt, weil die Wirkungen bisher noch nicht den Erwartungen entwiesen hätten.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Verredner behauptet, kein Freund der Reptilienspreche zu sein und hat eben einen bereiten Vertrag für dieselbe gehalten. (Widerspruch.) Wenn das keine Vertheidigung der Reptilienspreche war, dann möchte ich einmal eine hören. (Heiterkeit.) Hier wäre der rechte Punkt, etwas gegen den Reptiliensonds zu thun. Aber wenn nur Culturkampf ist, dann ist alles vortrefflich. (Sehr wahr! im Centrum.) Wenn der Minister meinte, die Regierung würde abräumen, wenn andere Leute abräumen, so meine ich doch, man müßte sich darüber eben verständigen. Wenn das abgelehnt wird und man rücksichtslos vor geht, so kann Niemand getadelt werden, wenn er sich vertheidigt; diese Vertheidigung wird man uns doch nicht verwehren?

Der Titel wird darauf bewilligt, desgleichen die übrigen Titel dieses Kapitels.

Bei Kap. 101 (Strafanstaltsverwaltung) beschwert sich Abg. Magazinski darüber, daß die Regierung in Bromberg angekommen habe, es solle in den Strafanstalten nicht wie früher, dreimal polnisch und einmal deutsch, sondern immer nur zweimal polnisch und einmal deutsch gepredigt werden. Abg. Techow willt sich eine Aufbesserung der Gehälter der Gefängnisgeistlichen. Sein Antrag wird der Budgetcommission überwiesen.

Die Ausgaben zu Titel 1 des Kapitels 103: 81,078 M. 46 Pf. an Brämen für Schülengeld und Schulzinsen, beantragt Abg. Woronzewski ab-

zusezen. Das Haus bewilligt jedoch diese vom Abg. v. Hardorf befürwortete Ausgabe.

Hierauf wendet sich das Haus der Prüfung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben zu. Zu Kap. 13 Tit. 6 wird der Antrag des Abg. Graf Windzingerode, den für den Erweiterungsbau des Polizeidienstgebäudes zu Wiesbaden geforderten Betrag von 48,790 M. auf 46,790 M. zu ermäßigen, angenommen, nachdem der Abg. v. Löwe zugestimmt hat. Die übrigen Titel werden bewilligt.

Zum Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums rügt Abg. Hundt v. Hassfeld die zu spätere Dotations dieses Bestes, das seit 25 Jahren auf demselben Standpunkt geblieben sei, während die übrigen Staats sich verbreitert hätten. Vor Allem werde das Ansiedlungs-, das ländliche Credit-, das Wasserbauwesen und die Communalbesteuerung einer einheitlichen Regelung unterworfen werden müssen. Redner wird im Laufe seiner Bemerkungen von dem Vicepräsidenten, Graf Bethy-Huče darauf hinweisen, daß seine Specialausführungen nach dem Modus des Hauses nicht in die allgemeine Debatte, sondern zu den einzelnen Titeln gehören. Als er erklärt, bei dieser „intoleranten Behandlung“ allerding auf einen Theil seiner Ausführungen verzichten zu müssen, wird er vom Vicepräsidenten Graf Bethy-Huče unter lebhafter Zustimmung des Hauses zur Ordnung gerufen. Redner spricht schließlich sein Vertrauen in der Verlässlichkeit des jungen Leiters des landwirtschaftlichen Ministeriums aus.

Bei Cap. 107 (Landwirtschaftliche Lehranstalten) nimmt zunächst Minister Friedenthal das Wort: Die im vorigen Jahre in Betreff der Regelung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens gefaßte Resolution veranlaßt mich, Ihnen in kurzen Umrissen einige Grundzüge darzulegen, welche ich im Allgemeinen für den landwirtschaftlichen Unterricht als die maßgebenden erachte. Unmittelbar an die Volkschule schließt sich die ländliche Fortbildungsschule an. Ich stimme darin einer in diesen Tagen vom deutschen Landwirtschaftsrath in Form einer Petition und gegebenen Auflösung bei, daß es sich auf dieser Stufe darum handelt, das in der Volkschule Gelernte zu befestigen und zu vertiefen. Deshalb werden die Gemeindeschulen und die Lehrer in ihrer dienen Anhaltspunkte sein, an welche sich diese Fortbildungsschule anzuschließen hat, die Volkschule für diejenigen, welche den Unterricht zu geben haben. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, welche Gefahr für den Knaben der ländlichen Bevölkerung darin liegt, in einem verhältnismäßig jungen Lebensalter aus der Schulzucht in das Leben zu treten und gerade in der Zwischenzeit zwischen dem Knaben- und Junglingsalter auf eigene Faust gestellt zu sein, so werden Sie gewiß mir darin über einstimmen, daß eine ländliche Fortbildungsschule für die Erziehung der ländlichen Bevölkerung von der höchsten Wichtigkeit ist. Ich werde mich bemühen, die hoffnungsvollen Anfänge, welche in dieser Beziehung in unserem Vaterlande vorhanden sind, namentlich in Nassau und in der Rheinprovinz, wo ca. 200 dieser Fortbildungsschulen bestehen, und durch die Fürsprache des landwirtschaftlichen Bestes allein gespielt und unterhalten werden. In so lange weiter zu cultivieren, bis das Unterrichtsressort in der Lage sei, die Befreiung zu übernehmen. Was die Ackerbau-, Wiesen- und Obstanbauhöfen betrifft, so sind dieselben lediglich aus territorialen Bedürfnissen entstanden; sie hängen mit dem Staate nur insofern zusammen, als derselbe ihnen Subventionen gewährt. Das Dotationsgesetz überweist diese Subventionen den Provinzen. Was sobald die landwirtschaftlichen Mittelschulen anlaufen, so sind dieselben auch wegen ihrer politischen Seite wichtig, weil sie dazu bestimmt sind, die mittleren Schichten unserer ländlichen Bevölkerung zu bilden, auf deren Schultern vorzugsweise die Siedlungsverwaltung auferlegt werden muss. Die Erwidung dieser Schulen ist bereits zu einem gewissen Abschluß gegeben, wie der Ihnen zugegangene Lehrplan desselben beweist. Ich halte sie für eine besondere Art von Realsschulen, deren Zweck außer der speziell in Unterweisung in den landwirtschaftlichen Fachern auch in einer allgemeinen Vorbildung zum landwirtschaftlichen Gewerbe besteht. Dem Unterrichtsministerium fällt deshalb naturgemäß hier ein starke Mitwirkung zu, insbesondere von den Commissarien des Unterrichtsministers bei den Prüfungen an diesen Schulen mit. Das hohe Haus verlangte im vorigen Jahre auch, daß diese Schulen die Berechtigung haben sollten, Bezeugnisse der Reife zum einjährigen freiwilligen Militärdienst auszustellen. Auch in dieser Beziehung ist nach langwierigen Verhandlungen eine Zustimmung der Reichsorgane erwirkt worden, die der Anforderungen des Hauses Rechnung trägt (Bravo!). Es wird Sache meines Bestes sein, die Schulen so zu organisieren, daß ihre Absolventen die gehörige Qualification erlangen. Was endlich die landwirtschaftlichen Akademien betrifft, so habe ich bezüglich derselben ebenfalls schon mit dem Herrn Unterrichtsminister Unterhandlungen gepflogen. Die Reaktion dieser Unterhandlungen werden im nächsten Etat zum Ausdruck gelangen. Ich möchte aber von vornherein erklären, daß ich der Meinung bin, daß beispielhaft kann, daß es richtig sei, überhaupt auf höhere akademische selbstständige Institute zu verzichten und die höchste Stufe des landwirtschaftlichen Unterrichts lediglich bei den philosophischen Facultäten der Universitäten zu suchen. Nach meinem Dafürhalten liegt das Richtige in dem Nebeneinander bestehenden landwirtschaftlichen Facultäten und selbstständiger akademischer Anstalten im möglichst nahen, räumlichen und sozialen Contact. Wenn ich eine Reorganisation der akademischen Anstalten nicht als ausgeschlossen erachte, so glaube ich, daß es möglich sein wird, ohne eine gewisse Gebundenheit zu lassen, sie doch den Facultäts-einrichtungen ähnlicher zu gestalten, ihnen mehr Freiheit zu gewähren und die Stellung der Docenten an diesen Anstalten möglichst der der Facultätsprofessoren anzunähern. Ich resume meine Meinung dahin: das ländliche Fortbildungsschulwesen gehöre zu dem Unterrichtsressort; die praktischen Ackerbauschulen sollen der provinzialen Verwaltung unterstellt sein mit Oberaufsicht des landwirtschaftlichen Bestes. Bei den landwirtschaftlichen Mittelschulen sollen Unterrichts- und landwirtschaftliches Ministerium zusammen wirken und endlich in der academischen Stufe sollen neben einander bestehen die unter dem Unterrichts-Ministerium stehenden landwirtschaftlichen Facultäts-Schulen und die selbstständigen academischen Anstalten in möglichstem Contact mit den Universitäten unter dem landwirtschaftlichen Bestes. So würde man den Landwirtschaft und der geistigen Erziehung unseres Volkes nützen, um so sicherer, je weniger Schwankungen eine bezüglich des landwirtschaftlichen Unterrichts eintretende Richtung ausgeführt ist. Wenn ich gemeint bin, die von mir dargelegte Richtung einzuschlagen, so wäre es mir von großem Werthe, mich dabei der Zustimmung der Landesvertretung zu versichern.

Der Titel wird darauf bewilligt, desgleichen die übrigen Titel dieses Kapitels.

Bei Kap. 101 (Strafanstaltsverwaltung) beschwert sich Abg. Magazinski darüber, daß die Regierung in Bromberg angekommen habe, es solle in den Strafanstalten nicht wie früher, dreimal polnisch und einmal deutsch, sondern immer nur zweimal polnisch und einmal deutsch gepredigt werden. Abg. Techow willt sich eine Aufbesserung der Gehälter der Gefängnisgeistlichen. Sein Antrag wird der Budgetcommission überwiesen.

Die Ausgaben zu Titel 1 des Kapitels 103: 81,078 M. 46 Pf. an Brämen für Schülengeld und Schulzinsen, beantragt Abg. Woronzewski ab-

willigung der zur Durchführung des Lehrplans angelegten Mittel dringend zur Annahme. Der größte Theil u. seiner Jugend ist genötigt, mit vierzehn Jahren die Schule zu verlassen, ein anderer sehr beträchtlicher Theil befindet sie bis zum 16. Jahre und nur ein geringer Prozentatz ist im Stande, seine wissenschaftliche Ausbildung über das 20. Lebensjahr hinaus auszudehnen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Befriedigung des Unterrichtsbedürfnisses in drei verschiedenen Abstufungen, deren erste die Volkschulen, deren letzte die höheren Lehranstalten sind. Für die zweite Stufe, die Mittelschulen, ist wenig geschehen, um daß weniger, was geschehen ist, will nicht gedeihen. Es liegt das an unseren Bestimmungen über die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst. So lange ein sechsjähriger Curius im Gymnasium oder Realschule ohne weiteres Examen die Berechtigung verleiht, werden die Eltern, welche ihre Söhne bis zum 16. Jahre unterrichten lassen können, dieselben in jene Anstalten schicken, gleichviel ob der Unterricht dasselbst zweimäßig ist oder nicht. (Bestimmung.) Diese Schüler lernen dabei Vieles, was für sie ohne jeden Werth und nur die Berechtigung für weitere Studien ist, und sie lernen Vieles nicht, was für sie von höchstem Werthe wäre. Hierzu kommt aber der zweite Übelstand, daß wegen der sehr großen Anzahl der Schüler, welche die Ziele der Schule nicht erreichen wollen, — es sind oft drei Viertel der gesammten Schülerzahl — die übrigen Schüler gehemmt und die höheren Lehranstalten selbst herabgebracht werden. In den landwirtschaftlichen Mittelschulen nun wird der erste Anfang einer selbstständigen mittleren Unterrichtsstufe gemacht, der hoffentlich nicht ohne Nachfolge bleibt. Dictem Fortschritte gegenüber halte ich es für unerheblich, welchen Bestoß diese Schulen — ob sie dem Unterrichtsministerium oder dem landwirtschaftlichen Unterrichts-Ministerium untergeordnet werden. Dem Unterrichts-Ministerium bleibt ja ohnehin eine bedeutende Mitwirkung.

Abg. Dr. v. Sybel spricht die Erwartung aus, daß der Minister die vom Abg. Hofmann gezogene Monita berücksichtigen werde. Er empfiehlt deshalb in einer Resolution die Regierung aufzufordern, 1) in dem Lehrplane für die landwirtschaftlichen Mittelschulen die Aenderung vorzunehmen, daß neben der deutschen nicht zwei fremde Sprachen, sondern nur eine gelehrt werden. 2) dabin zu wirken, daß trotz dieser Aenderung den Schülern die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst verbleibt.

Abg. Wehrenpennig wünscht in die Sybel'sche Resolution die Erklärung aufzunehmen, daß die einander fremden Sprachen die englische oder die französische sein soll, damit nicht etwa Lateinisch gelehrt werde.

Nachdem Abg. v. Sybel sich mit der von Wehrenpennig vorgelegten Aenderung der Resolution einverstanden erklärt hat, bricht das Haus die weitere Verhandlung um 4½ Uhr ab. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Danzig den 23. Februar.

Die Provinzialordnung-Commission hat beschlossen, daß eine Erhöhung der Provinziallasten nur mit einer Mehrheit von ⅔ der Stimmen des Provinzial-Landtags soll beschlossen werden können. In der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses ist dieser Beschluß mit gerechtem Befremden aufgenommen worden. Man fragt sich verwundert, wie die Commission dazu komme, auf die Prinzipien der alten Stände zurückzugehen. In der Provinzialordnung ist nicht die entfernteste Veranlassung gegeben, das einfache Majoritätsprinzip zu verlegen, um so weniger, als in der Provinzialordnung die ständische Basis ganz verlassen ist. Erheblicher noch ist aber der zu § 95 gefaßte Beschluß. Nach diesem Paragraphen wird der Landesdirektor vom Provinzial-Landtag auf sechs oder zwölf Jahre gewählt. Er bedarf der königlichen Bestätigung. Wird dies zwei Mal versagt, so kann der Minister des Innern die commissariatische Verwaltung der Stelle auf Kosten des Provinzial-Verbandes anordnen. Von den ultramontanen Abg. v. Heeremann ist in der Commission ein Antrag gestellt worden, nach welchem, wenn auch die zweite Wahl nicht die königliche Bestätigung erhalten hat, die Stelle des Landesdirectors nicht durch einen Commissar, sondern durch einen vom Provinzial-Ausschuß ernannten Mitglied des letzteren verwaltet werden soll. Die Mehrheit der Commission hat diesen Antrag angenommen und einen anderen vermittelnden Antrag, nach welchem der Provinzialausschuß ein Mitglied nur vorschlagen sollte, abgelehnt. Die definitive Annahme des Heeremann'schen Antrages würde offenbar nur eine Prämie für Provinzialvertretungen mit ultramontanen Majoritäten sein. Solche Vertretungen würden aber mit Absicht die zweimalige Nichtbestätigung provocieren, um alsdann vom Ausschuß mit Sicherheit eine der Regierung nicht genehme Persönlichkeit ernennen zu lassen. Es ist nicht daran zu denken, daß das Plenum des Abgeordnetenhauses derartige Tendenzen durch sein Votum unterstützen werde, eben so wenig wie Aussicht vorhanden ist, daß das Haus jenen zuerst erwähnten Commissionsbeschluß betreffs der Zweidrittelmajorität zu dem seignen machen werde. Uebrigens ist der erste Beschluß nur in Folge einer Verschiebung der Majorität wegen Abwesenheit einiger Mitglieder der Commission gefasst worden und wird hoffentlich in zweiter Lesung nicht bestätigt werden.

Gestern Vormittags ist in Berlin der sechste Congress deutscher Landwirthe eröffnet worden. Der frühere Vorsitzende v. Bendt erklärte, daß der vorjährige Congress ihn überzeugt habe, daß er nicht ferner Vorsitzender sein könne; nach seiner Meinung werde der Congress die ihm vorgelegten Zielen nur erreichen, wenn er sich von Parteidistanz fern halte. Zum Vorsitzenden wurde v. Rath-Lauersfort durch Acclamation gewählt, obgleich Nienendorf gegen eine solche Wahl anfänglich Widerspruch erhob. Derselbe hat nämlich seine märkischen und pommerschen Getreuen in solcher Zahl herbeigetrommelt, daß er unter den etwa 350 Anwesenden auf eine Majorität hoffen konnte. Darum wollte er von vornherein zeigen, daß den Agrarierinnen die Mehrheit gehört. Zuerst referierte der welfische Ober-Appellationsgerichtsrath a. D. v. Lenthe über die Steuerfrage; er erklärte u. A., daß die Mitglieder des Abgeordnetenhauses nicht die mindeste Kenntnis der landwirtschaftlichen und Grundbesitzer-Verhältnissen haben. Notabene ist in diesem Hause kein Stand so zahlreich ver-

treten, als der der Landwirthe. Herr v. D. Dieser Congress über die Communalbesteuerung und beschuldigte dabei die heutige Finanzpolitik socialisticcher Liebäugeleien. Resolutionen wurden nicht gefaßt. Minister Friedenthal konnte gestern nicht im Congress erscheinen, weil sein Etat im Abgeordnetenhaus verhandelt wurde, versprach aber heute und morgen zu kommen. Wir glauben, daß der Congres sich in eine reine Parteiverammlung der Agrarier verwandeln wird, von welchem Augenblick ab sein Einfluß auf unsere öffentlichen Verhältnisse sich auf Null reduzieren würde.

Über den angeblichen Rücktritt des Fürsten Bismarck bringt die "A. Z." von Neuem einen Brief aus einer Quelle, die sie als gut unterrichtet bezeichnet. Mit Unrecht — heißt es darin, werde der Ton auf den 1. April gelegt. Tag und Stunde lassen sich nicht angeben; doch muß im Laufe des Jahres, vielleicht bis zum Sommer, die Entscheidung getroffen werden. In den noch so wohlmeintenden Besprechungen ist zu viel von Wollen und zu wenig vom Können die Rede. Die nötige Ruhe, die dem thätigen Arbeiter ein gefunder Schlummer gewährt, entbehrt der Fürst; erst in den Morgenstunden vermag er sie nachzuholen. Dadurch verkürzt sich ihm die Arbeitszeit. So konzentriren sich die Geschäfte des Tages auf unmäßige Weise und erstreden sich dann in die Nacht hinein, — ein unheilvoller Kreislauf. Wenn ein italienisches Blatt, die Opinione, neulich sich damit absandt, daß ein so großer Mann dazu bestimmt wäre, "auf der Breche zu sterben", so entspricht doch dem Danke, den Deutschland seinem Kanzler schuldet, ein anderes Maß von Wohlwollen. Weiter wird ausgeführt, daß die Furcht vor einem Attentat kein Motiv des Rücktritts sein könne, der Hass gegen ihn gilt nicht dem Reichskanzler, sondern dem Fürsten Bismarck. Wer würde dafür einstehen, daß das Leben des Privatmannes gesicherter wäre, als die noch einigermaßen beherrschte Persönlichkeit des höchsten Kaiserlichen Würdenträgers? Dem Scharfblitz seiner Widersacher, der Jesuiten, könnte es nicht entgehen, daß Bismarck's Rücktritt von seinen Aemtern unmöglich gleichbedeutend wäre mit seinem Ausscheiden aus dem politischen Leben und Wirken. Sie würden sofort begreifen — früher noch als die liberalen Verehrer — daß dann Fürst Bismarck in anderer Form seiner Sachen wirksam und vielleicht wirkamer denn je zuvor dienen könnte. Man denke sich nur den ersten Staatsmann des Jahrhunderts als einfachen Abgeordneten. Er ist dann vieler fesselnder Rücksichten ledig. Er lebt seiner eigenen, freien, unbefeuerten Überzeugung. Er bildet den Kern und Mittelpunkt einer neuen, ohne alle Frage machtvollen Partei. Der Parlamentarismus könnte daran die höchsten Hoffnungen knüpfen, höhere als die, welche seine führenden Vertreter in Deutschland je zu hoffen sich erlaubt haben. Die Ultramontanen würden schierlich Seide spinnen; Fürst Bismarck wäre als Volksvertreter und Parteiführer ihrer Sache möglich noch tödlicher und verderbendbringender, wie als Minister."

Wir können uns den heutigen Fürst Bismarck nicht recht als einfachen Volksvertreter denken, und diejenigen, die seine jetzigen amtlichen Stellungen einnehmen, die er im Notfalle sofort wieder übernehmen soll, sie wären auch gerade nicht zu befehlen. Auch ist Fürst Bismarck aus der doch immer nötigen Partei- und Fraktionsschablone so stark herausgewachsen, daß

Kalles des Abg. Most in der Strafanstalt zu Plötzensee bei Berlin, an den Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen beschlossen, daß da, wo die Strafvollstreckung bislang nicht durch Gesetz geregelt ist, namentlich in Preußen, von den Bundesregierungen schleunigst darauf hingewirkt werde, daß der Strafvollzug besonders der Gefängnisstrafen im Sinne des Strafgesetzbuches, namentlich des § 16 sichergestellt werde. Außerdem ist durch Besluß des Bundesrates ausdrücklich constatirt, daß die Hausrordnung der gedachten Strafanstalt bei Berlin mit dem angeführten § 16 des Strafgesetzbuches im Widerspruch stehe. — Das Bestinden des Abg. Lasker erfüllt seine Freunde mit Besorgniß. Neben seinem Hausarzt Dr. Sigmund behandelt ihn der Professor Joseph Meyer. Seine nächsten Angehörigen sind zu seiner Pflege hier eingetroffen. Der Krankheitsfall ruft in weiten Kreisen lebhafte Theilnahme hervor; an eine Thätigkeit Lasker's während der gegenwärtigen Landtagsession ist unter keinen Umständen zu denken, seine Beteiligung an den Arbeiten der Justizcommission des Reichstages sehr fraglich und man empfindet bereits mit Bedauern, daß die Wahl von Stellvertretern in die letztere zur Zeit abgelehnt worden ist. — Für Lasker ist in die Budgetcommission der Abg. Dr. Kapp, in die Provinzialordnungs-Commission der Abg. Plehn gewählt.

— Die von vorn herein gehegte Erwartung, daß das in der Leitung der General-Telegraphen-Direction mit der Uebernahme derselben durch den General-Post-Director Stephan eingetretene Provisorium baldigst durch ein Definitivum ersetzt werden würde, scheint sich nicht zu bestätigen. Voraussichtlich — schreibt die "Post-Ztg." — dürfte sich dieses Ereigniß bis nach der im Juni stattfindenden internationalen Telegraphenkonferenz in Petersburg hinausziehen. Im Allgemeinen scheint man zur Zeit dem in der Presse vertretenen Standpunkt sich zu nähern, nach welchem die Vereinigung der Post- und Telegraphen-Verwaltung unter einem gemeinsamen Chef zu erstreben sei, welchen zur Seite zwei Directoren, je einer für die Post und die Telegraphie, stehen und so dem Chef ermöglichen, in gleichmäßiger, allseitiger Weise diese wichtigen Vertheile gebiete dem allgemeinen Interesse dienstbar zu machen und gleichzeitig die materiellen Ersparnisse, welche eine einheitliche Leitung ermöglichen, einzutreten zu lassen. Für die Durchführung dieser Form der Vereinigung sprechen nicht allein die natürlichen, hierbei in Betracht zu ziehenden Verhältnisse, sondern auch die Thatache, daß in fast allen europäischen Staaten die eigentliche Verwaltung der Telegraphie und der Post getrennt ist. In Frankreich, Russland, Österreich, Italien und Schweden bilden diese Verwaltungs- zweige getrennte Abteilungen, welche vom Ministerium des Innern, der Finanzen oder der öffentlichen Arbeiten restitutioen. In Belgien besteht eine General-Direction der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen als eine einheitliche Abtheilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten. Die eigentliche Verwaltung dieser Zweige ist jedoch eine durchweg getrennte. In der Schweiz restitutioen die Telegraphie vom Central-Post-Departement; sie hat jedoch eine selbständige Verwaltung. Ähnlich liegt die Sache in England, woselbst der General-Postmeister Chef der Post- und Telegraphen-Verwaltung ist und ihm zur Seite zwei Secretäre als ihm gleichmäßig untergebene Leiter der Post und der Telegraphie stehen. Voraussichtlich dürfte diese in England als ersprießlich betrachtete Einrichtung auch in Deutschland Nachahmung finden.

— Nach der "Post" geht das Statut über die Verwaltung des Vermögens der Berliner Hedwigskirche viel weiter, als der Gesetzentwurf über die Vermögens-Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden. Die Gemeinde der Hedwigskirche hat bei der Konstituierung ihre Altesten selbst gewählt, welche sich jetzt durch Cooptation ergänzen und die eingreifendste selbstständige Kontrolle über die Verwaltung des Vermögens und alle Einnahmen und Ausgaben ausüben, bei welcher ihnen der Propst und die Geistlichkeit vollständig unterworfen sind. Was bei der Hedwigskirche geht, kann doch bei anderen Gemeinden nicht als Versuch der Plünderung bezeichnet werden.

— Staatsminister Delbrück vermählt sich am 27. d. Mts. und reist dann mit längerem Urlaube nach Italien. Seine Vertretung übernimmt, wie in früheren Jahren, der Director im Reichskanzleramt Geh.-Rath G. C.

— Der neue päpstliche Nuntius in München, Monsignore Bianchi, hat jüngst eine nicht unempfindliche Demuthigung erfahren. Bei dem von ihm veranstalteten feierlichen Empfang fand sich von den für den zweiten Empfangstag geladenen Stabsoffizieren der Münchener Garnison nicht ein einziger ein. Das ist eine harte Replik auf die unumstößliche Bemerkung, mit welcher in seinem Haftentwurf Erzbischof Gregorius den König bedachte.

— Die Fertigstellung der Berliner Nordbahn ist vor einigen Tagen in der Petitions-Commission des Abgeordnetenhauses durch den Referenten, Abg. Dr. Kapp, und den Abg. Jacobi, warm befürwortet worden. Der Regierungs-Commission des Handelsministeriums erklärte auf eine Anfrage des Referenten, daß Verhandlungen zwischen den betreffenden Ressorts sich in der Schwere befinden und die Geneigtheit der Regierung vorhanden sei, den Wünschen der Petenten entgegen zu kommen; eine bestimmte Erklärung könne er aber nicht abgeben.

Meppen. Auf hiesiger Eisenhütte ist sämtlichen beim Hohofenbetriebe beschäftigten Arbeitern pro 1. März gefündigt. Die Kündigung, welche mit einer kurzen Anfrage der Directoren des Etablissements begleitet ist, legt die beschlossene Betriebsfistur den hohen Tariffzähnen der westphälischen Bahn zur Last. Der Betrieb der Hütte wird keine Unterbrechung erleiden, es soll dieser Betriebszweig noch erweitert und sollen darin diejenigen Hohofenbetriebsarbeiter beschäftigt werden, welche vorzugsweise Berücksichtigung verdienen.

Austria-Ungarn
Wien, 21. Februar. Wie die "Dtsch. Ztg." vermutet, wird der Prozeß Oefenheim ein Nachspiel im Abgeordnetenhaus erhalten. Es

handelt sich um die Telegramme hiesiger Correspondenten auswärtiger Blätter, welche im Telegraphenanteile unterdrückt, theils — umredigirt wurden. Das eigenthümliche Einschreiten des Telegraphenamtes erfolgte zu Gunsten des Ministers Banhans. Im Abgeordnetenhaus wird über diese Angelegenheit eine Interpellation vorbereitet.

Frankreich

— Das weltberühmte Café Procope der Rue de l'ancienne Comédie, welches der Sammelplatz der Schöngäste des vorigen Jahrhunderts war, hat schließen müssen. Ein gleiches Schicksal hat das von allen Militärs und Attaches wohlbekannte Café d'Orsay am Pont Royal erlitten. Das Restaurant Philippe, wo die Literaten der Restauration ihre Gelage hielten, ist ebenfalls eingegangen. Selbst „die zinnerne Platte“, die schon im 14. Jahrhundert ein gut bekanntes Gasthaus war, hat wegen Mangels an Kundschafft ebenfalls seine Hallen schließen müssen. Nur die von der „lustigen Welt“ besuchten feinen Restaurants halten sich noch über dem Wasser.

— Paul de Cassagnac versichert im „Pays“, daß er aus Unfall seiner Freischreibung siebtausend Visitenkarten und zweitausend Briefe empfangen hat; er habe das Ganze zu einem Pack zusammengehalten und dasselbe dem kaiserlichen Prinzen nach England geschickt. Schöne Seelen finden sich.

Spanien

— Am Donnerstag wurde in Madrid ein mit einem Dolch bewaffnetes Individuum verhaftet, wodurch das Gerücht von einem Attentat auf den König entstand.

Italien

— In einer der letzten Sitzungen des italienischen Senats brachte der Senator Lanzi die Rede auch auf den verstorbenen Pater Theiner, der schon im Jahre 1873 einige seiner bedeutendsten historischen Werke dem italienischen Senate zum Geschenke gemacht hat, zugleich aber auch die Bitte hinzugefügt, diese Geschenke mögen nicht öffentlich erwähnt werden, damit er nicht noch mehr von den Jesuiten im Vaticano zu leiden habe. Jetzt jedoch, meinte Senator Lanzi, da Pater Theiner nicht mehr unter den Lebenden, halte den italienischen Senat nichts mehr zurück, die Geschenke des Verstorbenen an letztere hohe hohe Versammlung dankbar zu erwähnen.

Rußland

Petersburg, 21. Februar. Über die Commission zur Beratung der Arbeitergesetze hört die "Russ. W.", daß dieselbe keine Aussicht habe, bald mit ihren Verhandlungen fertig zu werden. Aus den etwa 200 vorliegenden Fragen sind bisher nur gegen 50 durchgeprochen. Das der Commission vorgelegte Project erleidet starke Abänderungen. Ein Hauptgrund des Aufenthalts in den Arbeiten soll in den verschiedenen Ansichten in Bezug auf die Arbeitsbücher und in Bezug auf die Absondern der Bestimmungen über die Dienstmiete der Domestiken von denen über die Arbeiter liegen. Fast alle Landamtspräsidenten und einige Adelsmarschälle geben ihre Stimmen gegen die obligatorische Einführung der Arbeitsbücher und für gemeinsame Gesetze über die Dienstmiete nur mit Abweichungen hinsichtlich der Dienstboten und Arbeiter ab. Die übrigen Adelsmarschälle, die Vertreter der Regierungs-Ressorts und der Industrie stehen auf Seiten der obligatorischen Dienstbücher, freilich mit Zulassung verschiedener Ausnahmen, und halten es für nothwendig, die Bestimmungen über Dienstboten und über Arbeiter prinzipiell von einander zu sondern.

— Das „Journal de St.-P.“ meldet den am 16. Februar in München erfolgten Tod des Geheimraths Carl von Petersen. Derjelbe war 1837 in den Flottendienst getreten. Rücksichten auf seine

Gesundheit nötigten ihn, diese Carrriere aufzugeben und sich dem diplomatischen Dienste zuzuwenden. Nach und nach fungierte der Berevige als Vice-consul in Danzig, als Legationssecretär in Dresden, Lissabon, Brüssel und Berlin. Im Jahre 1865 zum Geschäftsträger in Weimar ernannt, wurde er ein Jahr später als Director der Kanzlei des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten nach St. Petersburg berufen, welchen Posten er bis zu seinem Tode bekleidete. Seine Mutter war in zweiter Ehe mit dem Dichter Tutschew verheirathet.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Paris, 23. Februar. Die Majorität bei der gefragten Abstimmung über den ersten Artikel des Wallonischen Gesetzentwurfes befand aus den Gruppen der Linken und ungefähr 80 Mitgliedern des rechten Centrums, worunter die Herzoge von Broglie und Audiffret-Pasquier, Prinz Joinville, Boher, der Verwalter der Güter der Familie Orleans. Die äußerste Linke, namentlich Louis Blanc, Edgar Quinet, Behrat und Barodet, wie auch Thiers und Grebe enthielten sich der Abstimmung. Das Gesetz über die Exekutivgewalt wird zu sofortiger Verhängung nach der Erledigung des Senatsgesetzes auf die Tagesordnung gestellt werden.

Danzig, 23. Februar.

* Der heutige "Reichsanzeiger" publiziert den Gesetz, durch welchen bestimmt wird, daß die Reichsbehörde für das Hochamt für die Benennung "Doppelkronen" anzumelden haben.

* Der hiesige Gartenbau-Verein wird am nächsten Sonnabend, den 27. Februar, wiederum sein Stiftungsfest, diesmal in Gesellschaft von Damen feiern. Dasselbe wird in der bisher so beliebten Weise in dem festlich decorirten Saale des Friedr.-Wilh.-Schützenhauses durch eine Blumen-Ausstellung und durch ein gemeinschaftliches Abendessen, welchem sich ein Ball anschließt, stattfinden. Für die besten Blumengruppirungen werden Prämien aus der Vereinslasse gewährt, wodurch die Herren Gärtner veranlaßt werden, das Schönste, was ihre Kunst und ihre Freihäuser hervorbringen, für diesen Festtag zu reserviren. Unter solchen Umständen kann es nicht fehlen, daß dieses Blumenfest eine bedeutende Anziehungskraft auf das Publikum übt, zumal der Verein in courantester Weise auch die Einführung von Gästen ohne Erhöhung des Preises gestattet. Wie wir hören, ist denn auch die in Aussicht genommene Vertheilungsziffer beinahe erreicht, so daß die Billettausgabe demnächst wohl geschlossen werden dürfte.

* im Bildungsverein wurden an den beiden letzten Montagen von den H.H. Prediger Voie und Dr. Scheply Vorträge gehalten. Ersterer schilderte die schriftstellerische Wirklichkeit Charles Dickens' und gab dann eine längere Darstellung seines Werkes

"Harte Seiten", das auf die Entwicklung der sozialen Gesellschaft Englands von erheblichem Einfluß war. Dr. Dr. Scheply behandelte gest in unter Praktizierung einer großen Menge von Experimenten fast zweitündigem Vortrage den Magnetismus und Elektromagnetismus. Beide Vorträge erregten in hohem Grade das Interesse der zahlreichen Versammlungen. Beide Vorträge erregten in hohem Grade das Interesse der zahlreichen Versammlungen.

— Zum Direktor der Lederfabrik des Vereins ist jetzt Dr. Mühlendorf Fröhling berufen und hat verschiedene Funktionen übernommen. 49 neue Mitglieder traten im Monat Februar dem Verein bei und ist damit eine Mitgliederzahl von 1500 erreicht worden.

* Marienburg, 23. Februar. Der Termin zur Prüfung der für das Elementarschulfach ausgebildeten Präparanden befreit ihrer Aufnahme in ein Seminar soll nach Anordnung der R. Provinzial-Schul-Congress in unserm Seminar am 14. und 15. April abgehalten werden.

* Elbing, 22. Februar. Ich hatte es für durchaus überflüssig gehalten, auf die "Berichtigung" des Dr. Rösler vom 12. d. M. (Danz. Blg. No. 897) auch nur eine Silbe zu erwidern. Aber leider muß ich jetzt erfahren, daß sie auch im Interesse der Sache, nicht unbeantwortet bleiben darf. Es trifft mich mennen, in No. 895 gegen die Rösler'sche Schrift gerichteten Artikel, wenn der Verfasser es einen "Pribum" nennt, daß er die Schulworte der Hoeneschen Broßiture falsch citirt habe. Denn er ab den "Hoeneschen Wortlaut" überhaupt nicht citirt, sondern nur dem Sime noch das Adjutum des Dr. R. Regierungsrates an die westpreußischen Abgeordneten verfertigte. Dieses Adjutum aber laufe ein jed auf die Verwendung der Provinzialordnung hinzu, falls das Theilungsprojekt nicht verwirklicht werden sollte. Jedoch ist es nicht wahr, daß dasselbe darauf hinausläuft, und Herr R. konnte einen solchen Sinn auch gar nicht hineinlegen, wenn er die Hoeneschen Worte vollständig oder wenn er sie auch nur ihrem wirklichen Sinne nach citirt. Denn sie lauten (S. 18) vollständig verständlich für jeden, der nicht geradezu mißverstehen will, infach dahin, daß, wenn die Theilung der Provinz nicht zu erreichen wäre, die Westpreußischen Abgeordneten recht thun würden, "für jetzt gegen die Einführung der neuen Provinzialordnung in die Gesamtprovinz Preußen zu stimmen". Herr Hoenes ve. langt also für den eben angenommenen Fall nur, daß die Provinz Preußen genau in dieselbe Lage gebracht werden sollte, wie Bremen, Hannover, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau, in welche Provinzen die neue Ordnung "für jetzt" ja auch noch nicht eingeführt werden soll. Herr Rösler dagegen behauptet in seiner Schrift (S. 24) ganz fälschlich, daß Herr Hoenes in seinem Schlußworte unzweideutig fordere, daß die westpreußischen Abgeordneten zum Vantage der Monarchie gegen die Einführung der Provinzialordnung überhaupt, also auch gegen ihre Einführung in Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen "stimmen sollen, falls Westpreußen nicht a's besondere Provinz abgewiegt würde." Diese Behauptung kommt Herr Rösler freilich nur dann wagen, wenn er die Worte "für jetzt" und "in die Gesamtprovinz Preußen" eben nicht richtig eingeht und nicht verfälschte. Ja, er kommt dann auch nicht ohne Effekt auf kritische Leser, mit wohlstirriter "offizieller Erklärung" auszufeuern, daß durch das Hoenesche Schlußwort „von vornherein die Wirkung auf einer großen und nothwendigen Reform aufgelöst“ werde, ja, daß es ein „von der allererwerstlichsten Interesse politisch dictires Wor“ sei. — Ich meine, damit den vollständigen und geradezu zwangsläufigen Befehl zum Vantage der Monarchie gegen die Einführung der Provinzialordnung überhaupt, also auch gegen die Einführung in Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen abgewiegt würde.

Elbing, 23. Februar. Die Messingwaren-Fabrik von E. Wilhelm hierjelbst hat am Sonnabend die Zahlungen eingestellt.

* Stubm, 21. Februar. Die Frühjahrs-Control-Bersammlungen sind für den Bezirk der diesseitigen Landwehr-Panzerpagnien auf den 8., 9. und 10. März fest gesetzt worden, und zwar finden dieselben am 8. März in Rebbow und Altmark, am 9. März in Christburg und Potsdam und am 10. März in Braunschweig und am bisligen Orte statt.

(=) Culm, 21. Februar. So eben fehren wir von dem "Eisfeste" durchfahren nach Hause zurück. Es war offenbar ein ganz nettes Fest, für unsere hiesigen befreideten Verhältnisse von einem erforderlichen Schopf an, hübsch erdacht und auch ganz eträglich durchgeführt. Schon gestern also kündigten farbige Druckzettel an, daß heute Nachmittag auf unserer "Prinze", einem von Herr Weidholz abgedämmten Nebenarm, ein großes "Eisfest" stattfinden würde mit großer Corfe und brillanter Musikkbegleitung. Zu diesem Fest war die wenn auch kleine, doch hübsch und rein gesetzte Eisbahn mit bunten Fahnen reich geschmückt und nicht verfehlte. Aber freilich, um einen Beweis zu verstehen, muß man ihn auch versiehen wollen.

Elbing, 23. Februar. Die Messingwaren-Fabrik von E. Wilhelm hierjelbst hat am Sonnabend die Zahlungen eingestellt.

* Stubm, 21. Februar. Die Frühjahrs-Control-Bersammlungen sind für den Bezirk der diesseitigen Landwehr-Panzerpagnien auf den 8., 9. und 10. März fest gesetzt worden, und zwar finden dieselben am 8. März in Rebbow und Altmark, am 9. März in Christburg und Potsdam und am 10. März in Braunschweig und am bisligen Orte statt.

(=) Culm, 21. Februar. So eben fehren wir von dem "Eisfeste" durchfahren nach Hause zurück. Es war offenbar ein ganz nettes Fest, für unsere hiesigen befreideten Verhältnisse von einem erforderlichen Schopf an, hübsch erdacht und auch ganz eträglich durchgeführt. Schon gestern also kündigten farbige Druckzettel an, daß heute Nachmittag auf unserer "Prinze", einem von Herr Weidholz abgedämmten Nebenarm, ein großes "Eisfest" stattfinden würde mit großer Corfe und brillanter Musikkbegleitung. Zu diesem Fest war die wenn auch kleine, doch hübsch und rein gesetzte Eisbahn mit bunten Fahnen reich geschmückt und nicht verfehlte. Aber freilich, um einen Beweis zu verstehen, muß man ihn auch versiehen wollen.

Elbing, 23. Februar. Die Messingwaren-Fabrik von E. Wilhelm hierjelbst hat am Sonnabend die Zahlungen eingestellt.

* Stubm, 21. Februar. Die Frühjahrs-Control-Bersammlungen sind für den Bezirk der diesseitigen Landwehr-Panzerpagnien auf den 8., 9. und 10. März fest gesetzt worden, und zwar finden dieselben am 8. März in Rebbow und Altmark, am 9. März in Christburg und Potsdam und am 10. März in Braunschweig und am bisligen Orte statt.

(=) Culm, 21. Februar. So eben fehren wir von dem "Eisfeste" durchfahren nach Hause zurück. Es war offenbar ein ganz nettes Fest, für unsere hiesigen befreideten Verhältnisse von einem erforderlichen Schopf an, hübsch erdacht und auch ganz eträglich durchgeführt. Schon gestern also kündigten farbige Druckzettel an, daß heute Nachmittag auf unserer "Prinze", einem von Herr Weidholz abgedämmten Nebenarm, ein großes "Eisfest" stattfinden würde mit großer Corfe und brillanter Musikkbegleitung. Zu diesem Fest war die wenn auch kleine, doch hübsch und rein gesetzte Eisbahn mit bunten Fahnen reich geschmückt und nicht verfehlte. Aber freilich, um einen Beweis zu verstehen, muß man ihn auch versiehen wollen.

Elbing, 23. Februar. Die Messingwaren-Fabrik von E. Wilhelm hierjelbst hat am Sonnabend die Zahlungen eingestellt.

* Stubm, 21. Februar. Die Frühjahrs-Control-Bersammlungen sind für den Bezirk der diesseitigen Landwehr-Panzerpagnien auf den 8., 9. und 10. März fest gesetzt worden, und zwar finden dieselben am 8. März in Rebbow und Altmark, am 9. März in Christburg und Potsdam und am 10. März in Braunschweig und am bisligen Orte statt.

(=) Culm, 21. Februar. So eben fehren wir von dem "Eisfeste" durchfahren nach Hause zurück. Es war offenbar ein ganz nettes Fest, für unsere hiesigen befreideten Verhältnisse von einem erforderlichen Schopf an, hübsch erdacht und auch ganz eträglich durchgeführt. Schon gestern also kündigten farbige Druckzettel an, daß heute Nachmittag auf unserer "Prinze", einem von Herr Weidholz abgedämmten Nebenarm, ein großes "Eisfest" stattfinden würde mit großer Corfe und brillanter Musikkbegleitung. Zu diesem Fest war die wenn auch kleine, doch hübsch und rein gesetzte Eisbahn mit bunten Fahnen reich geschmückt und nicht verfehlte. Aber freilich, um einen Beweis zu verstehen, muß man ihn auch versiehen wollen.

Elbing, 23. Februar. Die Messingwaren-Fabrik von E. Wilhelm hierjelbst hat am Sonnabend die Zahlungen eingestellt.

* Stubm, 21. Februar. Die Frühjahrs-Control-Bersammlungen sind für den Bezirk der diesseitigen Landwehr-Panzerpagnien auf den 8., 9. und 10. März fest gesetzt worden, und zwar finden dieselben am 8. März in Rebbow und Altmark, am 9. März in Christburg und Potsdam und am 10. März in Braunschweig und am bisligen Orte statt.

(=) Culm, 21. Februar. So eben fehren wir von dem "Eisfeste" durchfahren nach Hause zurück. Es war offenbar ein ganz nettes Fest, für unsere hiesigen befreideten Verhältnisse von einem erforderlichen Schopf an, hübsch erdacht und auch ganz eträglich durchgeführt. Schon gestern also kündigten farbige Druckzettel an, daß heute Nachmittag auf unserer "Prinze", einem von Herr Weidholz abgedämmten Nebenarm, ein großes "Eisfest" stattfinden würde mit großer Corfe und brillanter Musikkbegleitung. Zu diesem Fest war die wenn auch kleine, doch hübsch und rein gesetzte Eisbahn mit bunten Fahnen reich geschmückt und nicht verfehlte. Aber freilich, um einen Beweis zu verstehen, muß man ihn auch versiehen wollen.

<p

Hauptverein Westpreußischer Landwirthe.

Die diesjährigen ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsraths und der Generalversammlung finden im Gewerbehause zu Danzig, Heiligegeistgasse 82, am Donnerstag, den 11. März, Nachmittags 4 Uhr, die der Generalversammlung am Freitag, den 12. März, Vormittags 11 Uhr,

(1228)

Baterländischer Frauen-Verein.

Der am 15. März stattfindende Bazar, welcher übrigens der erste seit mehreren Jahren ist, der zum Besten unseres Vereins veranstaltet wird, soll uns zu den erforderlichen Mitteln verhelfen, um, wie bisher, so auch in Zukunft, bei unvorhergesehenen Notständen, wie z. B. bei der drohenden Überschwemmungstroth an Weichsel und Nogat, lindernd und helfend eintreten zu können. —

Wir bitten deshalb wiederholt alle beitragenden Mitglieder unseres Vereins, unser Unternehmen nach besten Kräften zu unterstützen; auch die geringste Gabe wird von den unterzeichneten Vorstandsmitgliedern dankbar entgegengenommen, und freuen wir uns noch die Bitte an die freundlichen Geber hinzu, die Gegenstände mit dem Preise zu versehen, der bei dem Verkauf zu Grunde gelegt werden soll.

A. v. Dietz. M. Piwko. E. Convent. H. Czwalina. M. Gibbons.
G. Brinckmann. M. Nisbet. A. Schottler. E. Steffens.
J. v. Treskow. H. v. Winter. M. Reitnike. (1310)

Mittwoch, d. 24., und Donnerstag, d. 25. Febr.

Gr. Ausverkauf

des zur A. Bergischen Concours-Messe gehörigen Waaren-Lagers Vorsethaisen-

gasse No. 8

zu gerichtlichen Tarpreisen

zum Verkauf:

Garnituren und ungarnierte Damen-Winterhüte, Strohhüte, Capotten, Buckskin-, Glacé-, Rehleder- u. Zwirnhandschuhe, seltene und wollene Herren- und Damen-Tücher, Schürzen, wollene und Morgenhauben, leinenen Tücher, Gardinen-Zeuge, Kleider-Mull, Tiarlatan, Netz, echte und Halb-Sammets, Blumen, Federn, Seiden- und Sammet-Band, Putz-Taffete und Ripse, Herren-Shlippe, Chemisette, Stulpen und Kragen, Einsätze, Striche, Futtergaze. (1320)

Geöffnet von 9 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags.

Stephan Waltmann.

Diese traurige Anzeige allen Freunden und Bekannten.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Danzig, den 23. Februar 1875. (1298)

Die Beerdigung findet Sonntag, den

28. Februar, statt.

Da ich gezwungen bin, meiner Gesundheit wegen, wieder einige Zeit zu verreisen, so zeige ich hiermit an, dass Herr Dr. Orgelmaier mich während meiner Abwesenheit vertreten wird.

Dr. Opitz.

Mewe.

Dirschauer Credit-Gesellschaft W. Preuss.

Die Dividende für das Jahr 1874 ist auf 6% festgestellt, und kann von jetzt ab, Vormittags von 9–12 Uhr, gegen Einreichung des Dividendenscheins in Empfang genommen werden.

Danzig, den 20. Februar 1875.

W. Preuss.

Photographien

von Frl. Aglaja Orgéni
in Vis- und Cabinetformat (neue Aufnahme) zu haben bei

Gottheil u. Sohn,
Hundegasse 5, 2. Etage. (1174)

Holzauction zu Weichselmünde.

Freitag, den 26. Febr. 1875,
Vormittags 10 Uhr,

werde ich zu Weichselmünde auf dem Holzfelde der Herren Carl de Cuvry & Co. an d. n. Meißebiedenden verkaufen:
40,000 L.-Fuß 2½ ll. fichtene Dielen,
12,690 laufend Fuß 1½ ll. =
866 Cubit-Fuß eichen Brac-Staagut.
729 Stück halbrunde und 267 St. platte eichen Brac-Schwellen und
327 Stück runde eichen Klöße und diverse fichtene Patten und
250–300 Faden Brenzhols.

Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Janzen,
Auktionator, Breitgasse No. 4,
vormals Joh. Jac. Wagner.

Die elegantesten Visitenkarten liefern wir von jetzt ab für 1 Mark =

10 Gr.
Ansicht. Müller & Co.,
Comtoir, Hundegasse 2. (1307)

Kiehl & Pitschel,
71. Langgasse 71,
empfehlen

Einen Posten Nacht-Jacken u. Pantalons, a 15 Gr., von Satin,
Einige Old. Nacht-Jacken a 20 Gr., von engl.

Brillante. (1323)

Braunsberg. Bergschlösschen-Lagerbier,
Vorzungl. Malz-Gesundheits-Bier,
empfiehlt die alleinige Niederlage von

Rob. Krüger, Hundeg. 34.

Eine neue Seideung

schöner Puten

ist weder eingetroffen. (1340)

Julius Tetzlaff, Hundeg. 98.

Wer etwas wahrhaft Neelles

zur Erhaltung, Verschönerung und Wiedererlangung seines Kopshaars gebrauchen will, der lasse die

Ricinusöl-Pomade mit Chinin,

von Bruno Börner, Coiffleur in Dresden. Preis pro Büchse 5 Gr. Alleiniges Depot bei

Richard Lenz, Brodbänkengasse 48,
vis-a-vis der Großen Krämergasse.

Stroh-Hütte

August Hoffmann, Heiligegeistgasse 26.

Delicate Matjes-Heringe empfiehlt Julius Tetzlaff.

Malafoss,

ganz vorzügl. Magenbitter, empfiehlt M. Stein, Heiligegeistgasse 1.

Frische Seelachse

erhält täglich frische Fisch, sowie delikat geräucherte Spiegele und Seelachs.

Gr. geräuch. Maränen

heute Abend frisch aus dem Rauch, empfiehlt und versendet bei billiger Preise Alexander Heilmann,

Scheibenritter. 9.

Wilsons Dampferlinie Hull-Danzig.

Nächste Expedition von Hull Dampfer Kelso am 26. Februar. Güteranmeldungen erbeten

Tho. Wilson Sons & Co., Hull,

F. G. Reinhold,

Danzig. (1265)

Wichtig für Mütter!

Ruhr Gebrüder Schrig's Bahnhofsbänder befördern leicht und schmerzlos das Bahnen der Kinder, beseitigen Unruhe, Bahnhofslärm u. s. w. Echt zu haben a Stück 10 Gr., bei Gebr. Schrig, Hoflieferanten und Apotheker 1 Klasse in Berlin, Charlottenstr. 14.

In Danz. g. echt zu haben bei Richard Benz, Brodbänkengasse 48, vis-a-vis der Gr. Krämergasse (1259)

Schwedische Jagd-Stiefel-Schmiere

während der jetzigen Jahreszeit in jeder Haushaltung unentbehrlich und bei allen Truppenheilen schon seit vielen Jahren eingeführt, empfiehlt (14)

Albert Neumann,

Langenmarkt 3, vis-a-vis der Börse.

Seegras

offerirt (1328)

L. Flemming,

Johannisthor 44.

Gutes Dach-Rohr

offerirt (1328)

Ferd. Witting, Mewe.

Bestes Gyps-Rohr empfiehlt Alex. Mielcke, Stadtgebiet No. 35.

Ein Polys. Stuhlfügel

ist preiswerth zu verkaufen Vorstadt. Graben 24, 2 Tr.

Es ist ein Rittergut von

892 Morgen

billig zu verkaufen. Wdr unter No. 1329

in d. Erbd. d. Bia. erbten.

Gründstückverpachtung.

Das zwischen Langfuhr und Oliva an der Chauffee gelegene Gründstück "Friedensschluß" mit Wohngebäude, enthaltend 3 Wohnungen, Scheune, Stallungen, 5 Meter Garten und Ackerland und durchlässigen Wasser, soll verpachtet werden. Nähe des Bahnübergangs 66 im Bureau. (1346)

In meinem Buch- und Herren-Garderobe-Geschäft ist die Stelle eines Verkäufers zu besetzen. (Christ.)

Carl Mallon

in Thorn.

führt unter Materialwaren-Geschäft einen Lehrling v. 1. April.

Gebr. Pruegel, v. de Veer Ww.

Ein junger, gebildeter Kellner wünscht zum 1. oder 15. März eine Stelle, an liebsten im Hotel in einer Provinzstadt. Derselbe ist mit der Buchführung vertraut, beste Kenntnisse empfehlen die Solidität. Gef. Off. w. 1.38 i. d. Exp. d. Bia. er.

Für mein Weizwaaren-Geschäft

suche ich per Oster einen mit guten Schulkenntnissen ausgerüsteten Sohn, achbarer Eltern als Lehrling. (1238) J. D. Weissner.

Auf dem Dominiu Laszkowiz an der Ostbahn findet ein neuverarbeiteter Maschinen vom 1. April c. ab eine dauernde Stellung. (1210)

Für eine hiesige böse Tochter wird eine gepflegte Lehrerin gesucht. Wünschenswerth, dass dieselbe im Unterricht sehr geübt sei. Gef. Ad. werden unter No. 1131 in der Exp. d. Bia. erbeten.

Für Speich.-Unterz., am Wess. geleg., wird vom 1. März, vorläufig auf 1 Jahr, zu meist geachtet. Gef. Ad. mit billiger Preissorte u. 1.32 i. d. Exp. d. Bia.

Ganz eleg. möbl. Zimmer u. Kabinett

auch an 1 Dame vom 1. März zu vermieten. Näheres Heiligegeistg. 24, i. d. Conditori.

werden gut gewaschen, modernisiert und gefärbt in der Strohhut-Fabrik

Heiligegeistgasse 26. ist das Ladenlokal nebst Stüberne zum 1. April zu vermieten. Nähe Heiligegeistgasse No. 139, von 12–4.

Naturforschende Gesellschaft. Freitag, den 26. Februar, Abends 7 Uhr: Sitzung des

Anthropologischen Vereins im Frauendorf.

Tagesordnung. 1) Mittheilungen auswärtiger Mittelieder.

2) Mittheilungen der Herren Kauffmann, Münchhard, Schulz, Schulz und des Vorstandes über neuere Ausgrabungen bei Kentan, Marienburg, Oliva, Klein Kas, Merkau, Guibau und Cernau.

3) Vortrag des Herrn Helm über Bronzen aus verschiedenen Zeitaltern. (1305) Dr. Liesauer.

Kaufmännischer Verein. Donnerstag, den 25. Februar, Abends 8 Uhr: Ballotage, Ausstellung der zur Verleihung kommenden Gegestände.

Sängerbund. Mittwoch, den 17. d. Mts., Versammlung im Leibnizschen. (816)

Allen meinen Stammgästen und Gännern bringe ich meine Restauration Brodbänkengasse No. 23 in Erinnerung. Bedienung von einer Robin. (1245)

Otto Hein. (1875)

Vorläufige Anzeige.

Sonntags, den 27. d. M., findet auf Alt Weinberg der erste große

Riesen-damenball. (1316)

flat: Alles Nähe d. späteren Annonen und Platze. (1316)

Haase's Concert-Halle, 3. Damm 2.

Hente Abend Auftritt der Wiener Singers-Gesellschaft unter Leitung des Dirigenten Hrn. Schlosser. Anfang 7 Uhr. Enree 2½ Gr. (1316)

Sonnabend, den 27. Februar er., Abends 7 Uhr,

im Apollo-Saal des Hotel du Nord:

III. (lebtes)

Symphonie-Concert

unter Leitung des Capellmeisters Herrn Nährer und unter gefälliger Mitwirkung des Herrn Dreyer und Concertmeister Walter.

Programm.

Bargel, op. 20. Symphonie C-dur. — David: Violin-Concert E-moll. 1ster Satz. — Mendelssohn, op. 25 Concert für Pfe. mit Orchester — Lieder, les préludes, aus den symphonischen Dichtungen, d. Orchest. r. — Hirschfeld, a. op. 13, 2. Polonoise D-dur. — Mazurka F-dur. — Beethoven, Symphonie IV. B-dur.

Numerirte Sitzplätze für Saal a 1 Gr., nicht Ballon 2½ Gr., nicht numerirte Sitzplätze a 2½ Gr., Stehplätze a 15 Gr., Schillerbilete 7½ Gr. sind bei Constantia Biemsen, Langgasse 77, zu haben.

Stadt-Theater.</h